



II—1934 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

Zl.39.624-PrM/72

858 /A.B.
ZU 866 /J.
Fräs. am 18. Dez. 1972

12. Dezember 1972

An den
Präsidenten des Nationalrates
Herrn Anton BENYA
1010 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat REGENSBURGER,
Dr.ERMACORA, HUBER und Genossen haben am 25. Ok-
tober 1972 unter der Nr.866/J an mich eine schrift-
liche Anfrage, betreffend Auszahlung von Bezugs-
vorschüssen an Bundesbedienstete gerichtet, welche
folgenden Wortlaut hat:

"Am 5. Juli 1972 richteten die unterzeichneten Ab-
geordneten bereits eine diesbezügliche Anfrage (517/J)
an den Herrn Bundeskanzler. Die Antwort (696/AB)
vom 6. September 1972 führte u.a. aus:

"Der in der Anfrage dargestellte Sachverhalt ent-
spricht insoweit den Tatsachen, als das Bundesmini-
sterium für Finanzen, dem bei der Gewährung bestimm-
ter Bezugsvorschüsse ein Zustimmungsrecht zukommt,
nur dann eine positive Stellungnahme abgibt, wenn
Vorschüsse für Wohnzwecke Bediensteten flüssiggemacht
werden sollen, die nachweisen können, daß sie Eigen-
tümer, Miteigentümer, Genossenschaftsanteilseigentü-
mer oder Hauptmieter des instandzusetzenden Objektes
sind; es muß also ein Rechtsverhältnis über das Wohn-
recht zugunsten des Vorschußwerbers begründet sein.

Durch diese vom Bundesministerium für Finanzen geübte
Praxis soll gewährleistet werden, daß der erbetene
Vorschuß ausschließlich dem Bediensteten und nicht

•/.

- 2 -

dritten Personen zugute kommt. Es soll dadurch verhindert werden, daß Bedienstete mit Hilfe eines Vorschusses Investitionen in oder an Objekten vornehmen, für welche sie nur ein vorläufiges oder ein vorübergehendes oder überhaupt kein Wohnrecht (z.B. Untermiete, oder Prekarium) haben.

Im Hinblick auf die große Zahl von Bediensteten, die sich um die Bewilligung eines Vorschusses für Wohnzwecke zur Beschaffung einer Wohnung bewerben und die verhältnismäßig geringen, für die Gewährung von Vorschüssen zur Verfügung stehenden Kreditmittel, muß im Interesse der finanziell leistungsschwächeren Bundesbediensteten bei der Vergabe von Vorschüssen ein strenger Maßstab angelegt werden."

Da die Erklärung, die bisher geübte Praxis auch weiterhin als zweckmäßig aufrecht zu erhalten, nicht hingenommen werden kann, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

Kann die von den Zentralstellen des Bundes bisher geübte Auslegung nicht dahingehend modifiziert werden, daß die Ehegattin bzw. der Ehegatte (die Anfragebeantwortung stellt diese "dritten Personen" ohne Unterschied gleich) von den geltenden strengen Maßstäben bei der Vergabe von Bezugsvorschüssen ausgenommen werden können?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Nach eingehender Prüfung der Sachlage ist das zur Mitwirkung bei der Erledigung derartiger Anträge berufene Bundesministerium für Finanzen zur Ansicht gelangt, daß in Hinkunft - abweichend von der bisher geübten Praxis - auch Vorschüsse für Wohnzwecke für die Instandsetzung zum Um- oder Ausbau eines Objektes, dessen Eigentümer, Miteigentümer, Genossenschaftsanteilseigentümer, Hauptmieter nicht der Vorschußwerber oder die Vorschußwerberin,

- 3 -

sondern dessen Ehegatte ist, gewährt werden könnten. Voraussetzung hierfür ist, daß das betreffende Objekt dem Vorschußwerber und seiner Familie (der Vorschußwerberin und ihrer Familie) als ständiger Wohnsitz dient beziehungsweise nach Vornahme der erforderlichen Investitionen als solcher dienen wird und der Bedienstete (die Bedienstete) die sonstigen zur Erlangung eines Vorschusses für Wohnzwecke geforderten Voraussetzungen erfüllt. Die Verwendung des Vorschusses zum Erwerb, zur Reparatur usw. einer Zweitwohnung (eines Sommerhauses u.ä.) wird allerdings weiterhin als nicht vertretbar erachtet.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß ein Vorschuß für Wohnzwecke einem Bediensteten nur einmal bis zur jeweils (zum Zeitpunkt des Einbringens des Ansuchens) gültigen Höchstgrenze gewährt werden kann. Bei Verlust des Benützungrechtes an dem mit Hilfe des Vorschusses erworbenen oder instandgesetzten Objekt, aus welchen Gründen immer, wird eine Bewilligung eines neuerlichen Vorschusses für Wohnzwecke nicht mehr in Betracht kommen.

